

Parlamentsdirektion  
Parlament  
1017 Wien

Organisationseinheit: BMGF - I/A/5 (Ministerratsdienst)  
Sachbearbeiter/in: Elke Wyszata  
E-Mail: elke.wyszata@bmgf.gv.at  
Telefon: +43 (1) 71100-644894

Geschäftszahl: BMGF-11000/0036-I/A/5/2017  
Datum: 12.07.2017

## **98/PET Petition bezüglich den Vorschlag für ein Bundesverfassungsgesetz betreffend den Schutz der Rechte künftiger Generationen**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Unter Bezugnahme auf das Schreiben vom **13. Juni 2017, Zl. 98/PET und Zu 98/PET-NR/2017** teilt das Bundesministerium für Gesundheit und Frauen zu der im Betreff genannten Petition Folgendes mit:

Es ist Aufgabe aller Verantwortung tragenden Institutionen, Entscheidungen immer auch im Hinblick auf langfristige Auswirkungen zu treffen. Österreich hat sich daher wie auch alle anderen Mitgliedstaaten der UNO verpflichtet, auf die Umsetzung der von der UNO beschlossenen "Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung" hinzuarbeiten. Die Agenda 2030 zeichnet sich durch ihre universelle Gültigkeit und aufgrund des ganzheitlichen Entwicklungsansatzes, der Wirtschaft, Soziales und Ökologie gleichrangig berücksichtigt und dabei auch die Wahrung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Good Governance, Frieden und Sicherheit einfordert, aus.

Die Beiträge der Bundesministerien können auf der Homepage des Bundeskanzleramtes unter folgendem Link nachgelesen werden:

<http://archiv.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=65724>

Dem Bundesministerium für Gesundheit und Frauen obliegt es, dafür Sorge zu tragen, dass das Gesundheitssystem auf hohem Niveau gehalten und weiterentwickelt wird und für alle Bevölkerungsgruppen zur Verfügung steht. Weiters fällt ihm im Hinblick auf die Zuständigkeit für Frauenangelegenheiten und Gleichstellung besondere Verantwortung zu, da nur in einer von Chancengleichheit gekennzeichneten Gesellschaft eine gute Zukunft gesehen werden kann.

Zu dem konkreten Vorschlag im Gesetzesentwurf bezüglich „Recht auf ein künstlich nicht manipuliertes menschliches Erbgut“ wird darauf hingewiesen, dass die seit 1997 stattgefundenene medizinisch-wissenschaftliche Entwicklung im Bereich der Gentechnik es erforderlich macht, diese Forderung in ihrer Radikalität zu hinterfragen.

Für die Bundesministerin:  
Irene Peischl